

Protokoll Nr. 7 (2015-2019)

der öffentlichen Sitzung des Beirates Schwachhausen am 28.01.2016 in der Aula der Grundschule Freiligrathstraße

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:35 Uhr

Anwesend waren:

a) vom Beirat

Frau Baasen	Herr Carstens
Frau Chaudhuri	Herr von Cossel
Frau Eickelberg	Herr Fischer
Herr Hasselmann	Herr Heck
Herr Kostka	Herr Matuschak
Herr Pastoor	Frau Schmidt
Frau Schneider	Herr Dr. Schober
Herr Thieme	Herr Dr. Volkmann
Herr Wundersee	

b) vom Ortsamt

Frau Dr. Mathes
Herr Berger

c) Gäste

Herr Nußbaum, Herr Wagschal (Bremer Straßenbahn AG (BSAG))

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

Das schriftlich vorliegende Protokoll der Sitzung Nr. 6 am 26.11.2015 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Schneider berichtet, dass das Übergangswohnheim (ÜWH) für Flüchtlinge in der Gabriel-Seidl-Straße 10 „mit Glück“ zum 01.04.2016 bezogen werden könne. Das ÜWH in der Kurfürstenallee 23a werde gegenwärtig umgebaut und solle bereits im März eröffnet werden.

Herr Matuschak weist darauf hin, dass der lange Zeitraum bis zur Bezugsfertigkeit der Immobilie in der Gabriel-Seidl-Straße einem „misslichen Zusammenspiel“ aller Beteiligten geschuldet sei. Frau Dr. Mathes ergänzt, dass die Gabriel-Seidl-Straße ein Sonderfall sei. Im Falle der Immobilie an der Kurfürstenallee sei seit der ersten Befassung des Beirates im Oktober vergangenen Jahres nur ein kurzer Zeitraum vergangen.

Auf Nachfrage von Frau Baasen teilt Frau Schneider mit, dass bereits etwa 80 bis 100 Flüchtlinge in den sog. Kampa-Häusern an der H.-H.-Meier-Allee lebten. Da es in Schwachhausen neben Schulen und Spielplätzen kaum noch öffentliche Gebäude und Flächen gebe, sei es schwierig, im Stadtteil Flüchtlinge unterzubringen.

Frau Schmidt regt an, das Thema Flüchtlingsunterbringung in der nächsten Beiratssitzung aufzurufen. Frau Dr. Mathes sichert zu, diese Anregung auf der nächsten Sitzung des Koordinierungsausschusses zu beraten.

Frau Schneider weist weiterhin darauf hin, dass

- vom 02. bis 17.02. im Foyer des Siemenshochhauseses (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr) die Wettbewerbsbeiträge zum Um- und Ausbau der Grundschule Baumschulenweg ausgestellt würden. Sie erinnert daran, dass der Beirat durch sie bzw. Herrn Matuschak am Auswahlverfahren beteiligt gewesen sei;
- am 03.02. die Beirätekonferenz tage und sich u.a. mit den Stadtteilbudgets befassen werde;
- am 17.02. der Fest-Ausschuss zur Organisation des nächsten Fockes Fest im Focke Museum zusammenkommen werde.

Mitteilungen aus der Bevölkerung

Herr Graul erinnert an seinen Bürgerantrag, für das ÜWH in der Gabriel-Seidl-Straße frühzeitig einen Runden Tisch einzusetzen.¹ Er zeigt sich erfreut, dass die zwei ÜWH in Kürze bezugsfertig seien, und weist darauf hin, dass die u.a. von ihm im ÜWH Eduard-Grunow-Straße initiierten Erhebungen über die sprachlichen und beruflichen Kompetenzen von Flüchtlingen einen erheblichen Schulungsbedarf ergeben hätten.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Frau Dr. Mathes teilt mit, dass in der nächsten Woche im Nelson-Mandela-Park mit den sowohl vom Beirat als von Anwohner/innen und Engagierten gewünschten Auslichtungsarbeiten begonnen werde.² Dabei würden aus Gründen der Verkehrssicherheit auch einige Bäume gefällt werden.

TOP 2: Busersatzverkehr für die Straßenbahn der Linie 8

Frau Dr. Mathes weist einleitend darauf hin, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen und ein Antrag der SPD-Fraktion vorliege.³

Herr Nußbaum erläutert an Hand einer Präsentation, warum sich die BSAG für einen zeitweiligen Schienenersatzverkehr auf der Linie 8 zwischen Domsheide und Kulenkampffallee entschieden habe.⁴ Er führt aus, dass

- auch die BSAG kurzfristig im August 2015 davon überrascht worden sei, dass nicht ausreichend Straßenbahnen zur Verfügung gestanden hätten, um den Betrieb wie bislang aufrecht zu erhalten.
- die BSAG deshalb ebenso kurzfristig einen Notfallplan erarbeitet habe und zunächst mit einer einstweiligen Erlaubnis des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV) zum 05.10.2015 für die Linie 8 und anschließend auch für die Linie 6 in Kraft gesetzt habe. Die mit der Umstellung auf der Linie 8 erreichte Einsparung von Straßenbahnen habe nicht ausgereicht, deshalb seien zusätzlich Veränderungen auf der Linie 6 notwendig gewesen;
- die BSAG sich zwischen verschiedenen Optionen hätte entscheiden müssen. Da der Linienzweig der Linie 8 zwischen Domsheide und Kulenkampffallee im Vergleich gering ausgelastet gewesen sei, habe sich die BSAG dafür entschieden, hier einen Ersatzverkehr mit zweiachsigen Bussen einzurichten. Die BSAG habe sich auch bewusst für ein transparentes Verfahren entschieden. Alternativ hätte die Möglichkeit bestanden, auf verschiedenen Linien einzelne Fahrten nicht zu bedienen (sozusagen Fahrzeuge ausfallen zu lassen);
- auch die BSAG nicht damit zufrieden sei, dass die Haltestellen Bulhauptstraße, Brahmsstraße und Am Stern auf der Fahrt stadteinwärts nicht bedient werden könnten und stattdessen als Ersatzhaltestelle nur eine in der Parkallee zur Verfügung stehe;
- für den Betrieb am Wochenende genug Straßenbahnen zur Verfügung ständen;
- bisherige Nutzer/innen der Linie 8 auf die Linien 6 und 22 auswichen;
- es das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) abgelehnt habe, am Stern den den Taxen vorbehaltenen Fahrstreifen auch für Busse zugänglich zu machen. Diese Fahrbahn sei zu schmal und der Unterbau nicht für Busse ausgelegt;
- die BSAG in den Sommerferien die Linie 8 komplett mit Straßenbahnen bedienen werde und
- die BSAG davon ausgehe, zum November 2016 wieder Straßenbahnen einsetzen zu können, weil dann wieder ausreichend Fahrzeuge zur Verfügung stehen würden.

Auf Nachfragen erläutert Herr Nußbaum, dass

- es sich um einen Notfallplan handele, der mit Einschränkungen verbunden sei;

¹ Der Bürgerantrag von Herrn Graul wurde in der Beiratssitzung am 24.09.2015 eingereicht (siehe unter <http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen142.c.12131.de>) und anschließend vom Fachausschuss „Integration, Soziales und Kultur“ am 14.10.2015 befasst und abgelehnt (siehe unter <http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen142.c.12140.de#Soziales>).

² Nähere Informationen finden sich im Protokoll der Beiratssitzung am 27.11.2014, siehe unter <http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen142.c.11204.de>.

³ Beide Anträge sind als **Anlagen 1a und 1b** diesem Protokoll angefügt.

⁴ Die Präsentation ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt.

- Fahrgäste teilweise andere Linien nutzten und damit umsteigen oder im Falle der wichtigen Haltestelle Brahmstraße wieder zurückfahren müssten, um ihr Ziel zu erreichen;
- die BSAG eigentlich 119 Straßenbahnen besitze, von denen 104 ausreichen, den regulären Fahrplan zu bedienen. Gegenwärtig ständen aber nur 92 Fahrzeuge zur Verfügung;
- die BSAG erstmals zu Ostern 2013 mit einem erhöhten Fahrzeugausfall konfrontiert gewesen sei. Die 1990 bei der Anschaffung der Fahrzeuge angenommene jährliche Laufleistung von etwa 50.000 km liege real bei etwa 70.000 km und damit deutlich höher. Entsprechend sei auch der Verschleiß erheblich größer. Die BSAG habe bereits 2015 die Werkstattkapazitäten erhöht und werde zusätzlich nun die Kapazitäten in der Werkstatt Sebaldsbrück ausweiten;
- die BSAG außerdem entschieden habe, das nächste Beschaffungsprogramm vorzuziehen. Auf politischer Ebene seien zwischenzeitlich die notwendigen Beschlüsse gefasst worden, so dass die Anschaffung nun ausgeschrieben werden könne. Trotzdem stehe noch eine vierjährige „Durststrecke“ bevor, bis die neuen Straßenbahnen eingesetzt werden könnten;
- dieser Streckenabschnitt letztlich wirtschaftlich nur mit Straßenbahnen bedient werden könne. Gegenwärtig müsse die BSAG auf Grund der Wende- und Pausenzeiten drei Busse einsetzen, das mache den Aufwand unverhältnismäßig hoch;
- die BSAG kein Interesse habe, diesen Streckenabschnitt nicht mehr zu bedienen;
- ein 20 Minuten-Takt in Wohngebieten durchaus üblich sei;
- die BSAG das Angebot auf anderen Linien verringern müsste, wenn sie für die Linie 8 vorzeitig wieder zum alten Fahrplan zurückkehrte. Er werde aber die Bedenken des Beirats mitnehmen und im Hause beraten;
- die Linie 6 in der Hauptverkehrszeit bereits im 6 Minuten-Takt bedient werde. Lediglich die nachmittags eingesetzten Einsatzfahrzeuge würden gegenwärtig durch Gelenkbusse ersetzt, damit reduziere sich die Kapazität von 200 auf 100 Fahrgäste. Er räume ein, dass damit im Stadtteil Schwachhausen ein Zustieg manchmal nicht mehr möglich sei;
- die interne Betriebsleitung und die Aufsichtsbehörde beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr darüber entschieden, welche Straßenbahnen zum Einsatz kämen. Dabei stehe die Sicherheit an oberster Stelle;
- die BSAG die Absicht gehabt habe, Straßenbahnen aus Schwerin auszuleihen. Diese passten aber nicht zu den Bremer Haltestellen.

Frau Chaudhuri hält die von Herrn Nußbaum vorgestellten Fahrgastzahlen nicht für überzeugend, da sie erst während des Busersatzverkehrs ermittelt worden seien. Damit lasse sich eine Taktreduzierung nicht rechtfertigen. Sie gehe davon aus, dass sich mit kürzeren Taktzeiten auch mehr Fahrgäste erreichen ließen. Das jetzige Angebot sei jedenfalls für Ältere zu beschwerlich.

Irritiert zeigt sich Herr Matuschak. Bei einer langfristigen betriebswirtschaftlichen Planung könne nicht „plötzlich“ ein Fahrzeugausfall in diesem Umfang auftreten. Außerdem gehe er davon aus, dass sich die Werkstattkapazitäten schneller hätten ausweiten lassen.

Frau Eickelberg erinnert an den aufwendigen Neubau der Straßenbahnschienen in der Hartwigstraße 2013, der nicht zu der jetzigen Reduzierung des Angebots passe. Damals hätte sich u.a. der Beirat dafür eingesetzt, dass die Haltestelle Bulhauptstraße erhalten bleibe, die nun aber v.a. zum Nachteil älterer Menschen stadteinwärts nicht bedient werde. Sie habe Zweifel, ob die BSAG das Angebot auf diesem Streckenabschnitt tatsächlich aufrechterhalten wolle. Die BSAG sei ein Dienstleister, der sein Angebot auch gewährleisten müsse.

Herr Pastoor zeigt sich ebenfalls unzufrieden. In Innenstadtnähe sei ein 20 Minuten-Takt nicht ausreichend. Er führe zu einem Attraktivitätsverlust des ÖPNVs und damit zu einem geringeren Fahrgastaufkommen, was die vorgestellten Zahlen belegten. Eine Rückkehr in den alten Fahrplan zum Winter 2016/ 17 komme zu spät, ggf. müsse die BSAG weitere Busse anmieten oder kleinere Busse mit einem kürzeren Takt fahren lassen. Er erinnert daran, dass die SPD-Fraktion bereits 2013 einen Antrag gestellt habe, die Taktfrequenz auf der Linie 6 zu erhöhen.

Herr Heck bittet um eine andere Lösung als die gegenwärtige. Offenbar habe die BSAG keinen Notfallplan für solche Situationen vorbereitet gehabt, der sich vorab hätte besprechen lassen.

Unverständlich sei es auch ihm, dass der Aufbau weiterer Werkstatt-Kapazitäten so lange dauere. Eine Fahrplan-Umstellung zum November 2016 sei nicht zufriedenstellend.

Herr von Cossel ist der Ansicht, dass die Lage unnötig dramatisiert werde. Die BSAG habe sich in der Vergangenheit als verlässlich und vernünftig planend erwiesen. Längere Wege und Wartezeiten seien vorübergehend durchaus zumutbar.

Herr Dr. Schober ist hingegen ebenfalls unzufrieden mit der Situation. Er gehe von einem schlechten Management aus und stellt fest, dass eine höhere Laufleistung nicht plötzlich auftreten könne. Andere Städte führen durchaus noch ohne Einschränkungen mit älteren Fahrzeugen.

Herr Thieme bemängelt, dass Fahrgäste auf die Linie 6 auswichen, diese aber ebenfalls reduziert bedient werde und hier bereits im Normalbetrieb Straßenbahnen überfüllt seien.

Herr Carstens verweist auf die Grundsätze, mit denen die BSAG auf ihrer Homepage für sich werbe, und fordert, diese auch umzusetzen. Gegenwärtig sei die in Aussicht gestellte Teilhabe nicht gegeben.

Anschließend stellt Frau Eickelberg den Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen vor und dann Herr Pastoor den Antrag der SPD-Fraktion.

Frau Dr. Mathes schlägt vor, den Antrag der SPD als Ergänzungsantrag zum Antrag der Grünen zu sehen und entsprechend zu behandeln.

Der Beirat zeigt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Frau Dr. Mathes lässt über den Antrag der SPD abstimmen: Der Beirat unterstützt diesen mit 14 Ja-Stimmen bei drei Nein-Stimmen.

Anschließend lässt Frau Dr. Mathes über den somit wie folgt geänderten Antrag der Grünen abstimmen:

„Die Bremer Straßenbahn AG wird aufgefordert, im Streckenverlauf der Linie 8 zwischen Domsheide und Kulenkampffallee mit dem im April zu erwartenden Fahrplanwechsel statt des Schienenersatzverkehrs wieder Straßenbahnen einzusetzen.

Die Taktfrequenz des Schienenersatzverkehrs ist in den Hauptverkehrszeiten unverzüglich von 20 Minuten auf 10 Minuten zu erhöhen.“

Der Beirat stimmt diesem Antrag mit 14 Ja-Stimmen bei zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung zu.

TOP 3: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle Kulenkampffallee Richtung Kattenturm-Mitte⁵

Frau Dr. Mathes weist eingangs darauf hin, dass es sich im vorliegenden Fall um eine Anhörung öffentlicher Träger handele. Der Beirat müsse entscheiden, ob er Bedenken gegen die geplante Maßnahme äußern wolle.

Herr Wagschal stellt mit einer Präsentation den geplanten barrierefreien Umbau der Haltestelle Kulenkampffallee vor.⁶ Die BSAG habe 2012 vom ASV den Auftrag bekommen, nach einem zuvor festgelegten Kriterienkatalog unter etwa 1.100 Haltepunkten diejenigen auszuwählen, die vorrangig barrierefrei ausgebaut werden sollen und hierfür die Planung zu übernehmen.

Auf Nachfragen aus dem Beirat stellt er fest:

- Über die Kriterien, nach denen stadtweit die ersten Haltestellen für den barrierefreien Umbau ausgesucht worden seien, könne in der Tat gestritten werden. Die BSAG müsse sich aber an die Vorgaben des ASV halten;
- weitere Konfliktsituationen an dieser Haltestelle ergäben sich nicht, im Gegenteil. Da die Aufstellfläche für die Fahrgäste auf die bisherige Fahrbahn ausgedehnt werde und der Radweg damit weiter abgerückt sei, werde die Situation entzerrt und damit für alle Beteiligten sicherer;
- die Bäume vor und nach der bisherigen Haltestelle blieben erhalten, die Baumscheiben würden ausgedehnt;

⁵ Weitere Informationen zum barrierefreien Umbau von Bushaltestellen finden sich bspw. in den Deputationsunterlagen vom 11.04.2013 (siehe unter <http://www.bauumwelt.bremen.de/deputation/detail.php?qsid=bremen213.c.11686.de&asl=bremen213.c.4693.de>, TOP 12f) und vom 11.09.2014 (siehe unter

<http://www.bauumwelt.bremen.de/deputation/detail.php?qsid=bremen213.c.22864.de&asl=bremen213.c.4693.de>, TOP 13).

⁶ Die Präsentation ist als **Anlage 3** dem Protokoll angefügt.

- die Kosten lägen vorsichtig geschätzt bei etwa € 50.000;
- für die Zeit, in der der Bus an der Haltestelle halte (etwa 15 Sekunden), könnten nachfolgende Autos nicht passieren;
- die bisherige Verkehrsinsel bleibe erhalten. Vermutlich werde sie auch eine wichtige Funktion haben, sollten zukünftig die neue Haltestelle und die Endhaltestelle der Linie 8 mit einem Blindenleitstreifen verbunden werden;
- die Kosten würden vom ASV beglichen und
- das Heranfahren der Busse an die Haltestelle sei in Zukunft einfacher, weil sich der Abbiegeradius verringere.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Mathes erhebt der Beirat keine Bedenken gegen die vorgestellte Planung.

TOP 4: Sachstand zu Stadtteilbudgets

Zunächst weist Frau Dr. Mathes darauf hin, dass zu diesem TOP ein interfraktioneller Antrag des Fachausschusses „Globalmittel und Koordinierung“ zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe vorliege.⁷

Anschließend berichtet Herr Heck, dass die Diskussion über den Umfang des Stadtteilbudgets, das zukünftig den Beiräten zur Verfügung stehen solle, noch nicht abgeschlossen sei. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr habe angekündigt, für alle 22 Beiräte aus dem bisherigen Haushalt des ASV den Betrag von etwa € 1.000.000 zur Verfügung zu stellen; der Verteilungsschlüssel sei allerdings noch ungeklärt. Die Senatorin für Finanzen habe von etwa € 60.000 für den Beirat Schwachhausen gesprochen. Budgets, die im Kalenderjahr nicht aufgebraucht würden, könnten in das Folgejahr übertragen werden und die Beiräte könnten sich gegenseitig Geld „ausleihen“. Für die Ortsämter und Beiräte solle der Arbeitsumfang nicht zunehmen, die jetzt zuständigen Behörden sollen auch zukünftig zuständig sein, aber als Dienstleister auftreten. Auch die Frage, ob weitere Ressorts betroffen seien, sei noch offen. Der Beirat Oberneuland habe die Ressorts für Kinder und Bildung sowie für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport aufgefordert, ebenfalls Stadtteilbudgets auszuweisen. Die kommende Beirätekonferenz werde sich mit den Stadtteilbudgets befassen und dort werde es auch weitere Informationen für alle Beiräte geben.

Herr Heck bewertet dies als einen Einstieg. Es müsse sich nun erweisen, wie die beteiligten Ämter mit den Stadtteilbudgets verfahren, sicherlich werde es hier zu weiteren Diskussionen kommen. Zunächst halte er es aber für sinnvoll, für etwa zwei Jahre die Entwicklung zu beobachten.

Abschließend bedankt er sich bei allen Beiratsmitgliedern für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und die Unterstützung bei der Klage gegen den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr.⁸

Frau Schneider ergänzt, dass der entsprechende Senatsbeschluss davon spreche, dass mehrere Ressorts Stadtteilbudgets auszuweisen hätten.

Herr Pastoor möchte nicht über eventuelle Beträge spekulieren, sondern die tatsächlichen abwarten. Außerdem, so sein Hinweis, seien zwischen den Regierungsfractionen noch nicht alle Einzelheiten geklärt.

Herr Matuschak bemängelt, dass Frau Schneider und Herr Heck nach der erfolgreichen Klage in der Presse angekündigt hätten, Beträge aus dem Stadtteilbudget für die Umgestaltung des Schwachhauser Rings einzusetzen. Er sehe hier durchaus andere Prioritäten und fordere, auch die anderen Fraktionen einzubeziehen.

Anschließend stellt Herr Pastoor den interfraktionellen Antrag vor. Er weist darauf hin, dass im Fachausschuss „Verkehr“ in der Regel nur Aktuelles behandelt und keine perspektivischen Diskussionen geführt werden könnten. Deshalb sei es sinnvoll, hierfür eine zugeordnete Arbeitsgruppe einzurichten.

Frau Dr. Mathes lässt über diesen Antrag abstimmen: Er wird einstimmig befürwortet.

Herr Heck bittet alle Fraktionen, bis zur nächsten Sitzung des Fachausschusses „Globalmittel

⁷ Der Antrag ist als **Anlage 4** dem Protokoll angefügt.

⁸ Zum Beschluss des Beirats, gegen den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf Einrichtung eines Stadtteilbudgets zu klagen, siehe im Protokoll der Beiratssitzung am 22.07.2015 unter <http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen142.c.12131.de>.

und Koordinierung“ eine Vertreter/in für die Arbeitsgruppe zu benennen.

TOP 5: Antrag: Personelle und finanzielle Aufstockung beim Umweltbetrieb Bremen für die Baum- und Grünflächenpflege

Frau Dr. Mathes erklärt, dass vom Beirat Osterholz ein Antrag zur besseren finanziellen und personellen Ausstattung von Umweltbetrieb Bremen (UBB) vorliege, der auch in der Beirätekonferenz befasst werden solle.⁹

Frau Schneider bittet den Beirat um ein Votum, damit sie wisse, wie sie sich in der Beirätekonferenz zu diesem Antrag verhalten solle.

Frau Dr. Mathes stellt den Antrag zur Abstimmung: Der Beirat stimmt einstimmig zu.

TOP 6: Verschiedenes

Herr Hasselmann erkundigt sich, ob von der Senatorin für Kinder und Bildung bereits eine Antwort zu dem Beiratsbeschluss vom 15.10.2015 zum Förderzentrum Fritz-Gansberg-Straße vorliege.¹⁰

Frau Dr. Mathes entgegnet, dass dem nicht so sei, das Ortsamt sich aber weiterhin um eine Antwort bemühe.

Sprecherin	Vorsitzende	Protokoll
Schneider	Dr. Mathes	Berger

⁹ Der Antrag ist als **Anlage 5** diesem Protokoll angefügt.

¹⁰ Zum Beschluss des Beirats zum Förderzentrum Fritz-Gansberg-Straße siehe unter <http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen142.c.12440.de>.